

jedoch ergeben, daß der tatsächliche Anlagenwert zusammen nur 900.000 US\$ betrug.

Auch die Ausweisung nicht vorhandener Verluste mit dem Ziel, Steuerzahlungen zu umgehen, sei in manchen Unternehmen mit Auslandskapital anzutreffen. So hätten im Jahre 1991 in der Provinz Guangdong 4.838 solcher Unternehmen Verluste in Höhe von 3,66 Mrd. Yuan angegeben; dies sei ein Anteil von 53% der Unternehmen, die Steuern abführen müßten. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 9.3.94, nach SWB, 25.3.94)

Wie das *Asian Wall Street Journal* am 5.4.94 berichtet, werden ab Mai neue Bestimmungen gelten, die illegale Praktiken von Unternehmen mit Auslandskapital unterbinden sollen. Die Zeitung bezieht sich u.a. auf einen offiziellen Bericht, in dem auf die negativen Folgen einer überhöhten Angabe von Kapitaleinlagen durch ausländische Joint Venture-Partner eingegangen wird. Hierzu zähle vor allem, daß die Auslandsinvestoren einen unverhältnismäßig größeren Gewinnanteil für sich beanspruchen könnten. Nähere Angaben über die neuen Bestimmungen, die auch Regeln zur Bewertung der eingebrachten Kapitaleinlagen enthalten sollen, liegen bisher noch nicht vor. -schü-

* (21)

Gewerkschaften stärker in Auslandsunternehmen vertreten

Nach Angaben des Nationalen Gewerkschaftsverbandes sind inzwischen in 45% der Unternehmen mit Auslandskapital Gewerkschaftsvertretungen vorhanden. In den Wirtschaftsentwicklungszonen sollen Gewerkschaften bereits in 60% dieser Unternehmen anzutreffen sein.

In Tianjin fand am 14.3.94 eine landesweite Arbeitskonferenz über die Arbeit von Gewerkschaften in Unternehmen mit Auslandskapital statt. Hierbei wurde nochmals die Rolle der Gewerkschaften deutlich gemacht. So hätten die Gewerkschaften u.a. die Aufgabe, bei Arbeitsstreitigkeiten zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten zu vermitteln und an die Arbeitskräfte notwendiges Wissen über die rechtlichen Bestimmungen weiterzugeben. Nach Yang Xingfu,

stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Gewerkschaftsverbandes, sei es auch die Funktion der Gewerkschaften, positiv auf die Motivation der Beschäftigten im Produktionsbereich einzuwirken, Friktionen zwischen den Arbeitskräften und dem ausländischen Managementpersonal zu reduzieren und daran mitzuarbeiten, daß keine Reibungen im normalen Geschäftsablauf entstünden. (XNA, 15.3.94)

Die stärkere Präsenz von Gewerkschaften in Unternehmen mit Auslandskapital kann auch vor dem Hintergrund der Berichte in der chinesischen Presse in den letzten Monaten gesehen werden, die auf Mißstände in einigen Unternehmen hingewiesen haben. Hierbei ging es vor allem um Unternehmen, die von Hongkongern und Taiwanern gegründet wurden. (Siehe hierzu auch die Übersicht in *China aktuell*, Februar 1994, "Arbeitsgesetz in Vorbereitung").

Auch in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen (Provinz Guangdong) sollen Gewerkschaften demnächst stärker in Unternehmen mit Auslandskapital vertreten sein. Für das laufende Jahr besteht die Zielsetzung, in 40% dieser Unternehmen Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen. Hierdurch sollen die Arbeitskonflikte reduziert werden, deren Zahl in den letzten zwei Jahren mit insgesamt 1.100 angegeben wird, und die sich sowohl in Streiks als auch Bummelstreiks äußerten. In rd. 90% der Fälle waren davon Unternehmen mit Auslandskapital betroffen und solche Unternehmen, die keine staatlichen Subventionen erhalten. Konflikte resultierten vor allem aus Lohnstreitigkeiten und unzureichenden Sozialleistungen. So gäbe es Unternehmen, die lediglich einen Lohn von fünf bis sieben Yuan pro Tag zahlten, der damit weit unter dem Mindestlohn von 11,2 Yuan pro Tag liegen würde.

Um die Arbeitskräfte vor Lohnverlusten zu schützen, plant der Gewerkschaftsverband von Shenzhen außerdem, einen entsprechenden Versicherungsfonds aufzubauen. In diesen Fonds sollten die Unternehmen einen Betrag einzahlen, der Lohnzahlungen für ein bis zwei Monate deckt. (SCMP, 25.3.94)

Die Besorgnis der chinesischen Regierung, daß Unruhen unter den städtischen Arbeitern zunehmen und die

Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften sich verstärken könnten, kann als Grund für die Ankündigung des Arbeitsministeriums angesehen werden, in der Zeit von 1.4. bis 30.6. eine Überprüfung der Arbeitsbedingungen in allen Unternehmen durchzuführen. Die Untersuchung soll sich auf alle Unternehmen in Städten und Kleinstädten erstrecken, unabhängig von der jeweiligen Eigentumsstruktur, und Bereiche wie Kinderarbeit, Verstöße gegen die Vorschriften zur Beschäftigung von Frauen, Arbeitsverträge, Löhne, Versicherung und Sozialleistungen einschließen. (FT, 21.3.94) -schü-

Binnenwirtschaft

* (22)

Regierungsbericht zur Wirtschaftsentwicklung 1993 und Planung 1994

Chen Jinhua, Minister der Staatlichen Planungskommission, legte dem Nationalen Volkskongreß im März den Bericht zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Jahre 1993 vor. Ein Vergleich mit den Anfang 1993 aufgestellten Plandaten zeigt, daß Planansätze und tatsächliche Wirtschaftsentwicklung stark voneinander abweichen:

- Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate lag mit 13,4% (Bruttoinlandsprodukt) deutlich höher als ursprünglich geplant. In der im Februar letzten Jahres vorgestellten Planung war eine Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 8% vorgesehen.
- Während der Output der meisten Anbauprodukte die Plansätze erreichte oder überschritt, fiel die Ernte von Baumwolle und zuckerhaltigen Pflanzen deutlich niedriger aus als geplant.
- Die Zuwachsrate der industriellen Wertschöpfung von 21,1% im Jahre 1993 überstieg den geplanten Ansatz ebenfalls. So sollte die Wachstumsrate der Industrieproduktion ursprünglich auf 14% beschränkt werden.

- Wesentlich höher als geplant fiel der Umfang der Anlageinvestitionen aus. So waren diese für 1993 mit 800 Mrd. Yuan bzw. mit einer Zunahme von 5,5% ausgewiesen. Tatsächlich stiegen die Anlageinvestitionen auf 1.183 Mrd. Yuan bzw. um 51% gegenüber 1992.

- Auch im Außenhandel konnten die Planvorgaben nicht realisiert werden. So lag der tatsächliche Anstieg des Außenhandelsvolumens mit 18,2% (195,8 Mrd. US\$) erheblich höher als der Planansatz von 11,7% (185 Mrd. US\$). Während die Planung von einer Erhöhung der Exporte um 11,8% und der Importe um 11,7% ausgegangen war, stiegen die Ausfuhren 1993 tatsächlich lediglich um 8%, die Einfuhren dagegen um 29%.

- Starke Planabweichungen traten auch beim Anstieg des Einzelhandelsvolumens und der Einzelhandelspreise auf. Hatte die Planvorgabe für die Erhöhung des Einzelhandelsvolumens eine Zunahme um 14,7% vorgesehen, so lag der realisierte Anstieg bei 26,1%. Statt einer Erhöhung der Einzelhandelspreise um 6% stiegen die Preise um 13% landesweit und in den Großstädten sogar um 19,6%.

Die erheblichen Abweichungen von den Planvorgaben machen die mangelnde Steuerungsfähigkeit der Zentralregierung deutlich. So konnten die Lokalregierungen offensichtlich ihre eigenen Interessen an einem schnellen Wachstum durchsetzen, ohne daß die Zentrale in der Lage war, die bereits Anfang 1993 sichtbar werdende Überhitzung erfolgreich abbremsen zu können.

Für 1994 wurden folgende Ziele für die Entwicklung der Wirtschaft aufgestellt:

- Die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts für 1994 soll auf 9% beschränkt werden.

- Die Anlageinvestitionen sollen einen Umfang von 1.300 Mrd. Yuan nicht übersteigen; damit wird die Zunahme auf 9,9% gegenüber 1993 beschränkt.

- Die Bankkredite werden auf eine Höhe von 470 Mrd. Yuan festgelegt.

- Es wird von einem Einzelhandelsvolumen von 1.600 Mrd. Yuan ausgegangen; dies wäre ein nominaler Anstieg von 30,8% gegenüber 1993.

- Das Außenhandelsvolumen wird mit 200 Mrd. US\$ angesetzt; dies wäre eine Zunahme um 2,1% im Vergleich zu 1993.

- Der Anstieg der Einzelhandelspreise soll unter 10% bleiben.

- Für die landwirtschaftliche Produktion bestehen folgende Plandaten:

- Getreide: 450 Mio. t; dies würde einen Rückgang um 1,4% gegenüber 1993 bedeuten.

- Baumwolle: 4,85 Mio.t; dies wäre eine Zunahme um 29%.

(China Central Television, Beijing, in Chinese, 11.3.94, nach SWB, 15.3.94)

Die Realisierung der Wirtschaftsziele für 1994 wird in entscheidendem Maße davon abhängen, ob tatsächlich die Ausweitung der Anlageinvestitionen und der Anstieg der Einzelhandelspreise begrenzt werden kann. -schü-

*(23)

Rechenschaftsbericht zum Staatshaushalt 1993

Finanzminister Liu Zhongli stellte auf der 2.Tagung des 8.NVK den vorläufigen Bericht zur Durchführung des Staatshaushalts 1993 vor.

Der Staatshaushalt 1993 schloß mit einem Defizit von rd. 20 Mrd. Yuan ab und blieb damit innerhalb des projektierten Haushaltsansatzes. Einschließlich der Aufnahme neuer in- und ausländischer Kredite, die zu den Einnahmen gezählt werden, betrug die Steigerung der Staatseinnahmen 23,2% gegenüber dem vorangegangenen Haushalt; die Staatsausgaben erhöhten sich einschließlich der Rückzahlung von Krediten und Kreditzinsen um 21,2%.

Staatshaushalt 1993 (Mrd. Yuan)
(Einschließlich 1. Regulärer Haushalt und 2. Investbauhaushalt)

Staatseinnahmen	511,482
- darunter:	
In- u.ausl. Kredite	69,384
Staatsausgaben	531,982
- darunter:	
Schuldenrückzahlung	33,735
Haushaltssaldo	- 20,497

Bei der Aufteilung des Haushalts 1993 in einen regulären und einen Investbauhaushalt ergibt sich folgendes Bild:

1. Regulärer Haushalt

Einnahmen:	407,391
darunter:	
- Steuern	402,805
- Haushaltsregulierungsfonds	10,172
- Sonstige Einnahmen	17,889
- Subventionen f. nichtprodukt. Unternehmen	20,527
Ausgaben	334,834
darunter:	
- Investbau für nichtproduktive Projekte	19,519
- Öffentliche Aufgaben	129,718
darunter:	
- Land- und Forstwirtschaft; Wasserbau	14,214
- Kultur, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit	96,046
- Sozialhilfe	7,516
- Regierungsausgaben:	102,406
darunter:	
- Verwaltung	54,033
- Verteidigung	43,248
- Preissubventionen	29,622
- Sonstige Ausgaben	51,719
Saldo	+72,557

2. Investbauhaushalt:

Einnahmen	107,264
darunter:	
- Überschuß a.d.regulären Haushalt	72,557
- Investbaueinnahmen	48,699
- Unternehmensgewinne	5,433
- Transferfonds	1,302
- Verlustzuweisungen an produkt. Unternehmen	20,727
Ausgaben	197,148
darunter:	
- Produktive Investbauausgaben	73,187
- Betriebsumgestaltung und Entwicklung neuer Produkte	42,362
- Erhöhung der Umlaufmittel der Betriebe	1,822
- Geolog. Prospektierung	5,160
- Unterstützung der landwirt. Produktion	17,977
- Städtebau	19,470
- Unterstützung unterentwickelter Regionen	2,226
- Rückzahlung von in- und ausl. Schulden/Zinsen	33,735
Saldo	- 89,884

Deckung des Defizits:

- inländische Kredite	38,484
- ausländische Kredite	30,900
- Zentralbank	20,500

Die Erhöhung der Staatseinnahmen im Haushalt 1993 wird von Liu Zhongli auf folgende Ursachen zurückgeführt:

- Schnelles Wirtschaftswachstum führte zu einem Anstieg der Steuereinnahmen.
- Durch die Verstärkung der makroökonomischen Kontrolle konnten die Steuerverluste reduziert werden.
- Die Entscheidung der Zentralregierung, ab 1994 mit einer Neuverteilung der Einnahmen zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen zu beginnen, erhöhte den Anreiz für die Lokalregierungen, eine hohe Steuereinnahmequote zu erreichen. Da die Neuverteilung auf der Basis der Steuereinnahmen des Jahres 1993 erfolgen wird, unternehmen die Lokalregierungen ab dem 4.Quartal alle Anstrengungen, ausstehende Steuern einzutreiben und Steuerumgehungen zu reduzieren. Einige Lokalregierungen griffen hierbei jedoch auf ungesetzliche Mittel zurück, um die Einnahmen künstlich aufzublähen.

Die Ausgabensteigerung im Haushalt 1993 basiert Liu zufolge auf folgenden Gründen:

- Die Einnahmeerhöhung veranlaßte die Lokalregierungen zu einer gleichzeitigen Ausgabensteigerung. Besonders hohe Ausgaben entfielen auf die Kategorien Investbau, Umgestaltung der Staatsbetriebe und landwirtschaftliche Unterstützung. Auch die Ausgaben für Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit erhöhten sich stark.
- Die Steigerung der Löhne für staatliche Angestellte und Arbeiter betrug das Doppelte des Haushaltsansatzes.

(Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 23.3.94, nach SWB, FE/1945 S1/1 [1]) -schü-

* (24)

Haushaltswurf 1994

Neben dem Bericht zur Durchführung des Staatshaushalts 1993 legte Finanzminister Liu Zhongli gleichzeitig den

Haushaltswurf für 1994 vor. Liu bezeichnete die finanzielle Situation als weiterhin "problematisch". Die Gesamtwirtschaft sehe sich nach zwei Jahren Hochwachstum zunehmenden Engpässen und einem starken Inflationsdruck gegenüber. Um diesen zu reduzieren, folge der Entwurf des Haushalts 1994 dem Prinzip der Haushaltseinsparungen und basiere u.a. auf den Richtlinien:

- Weiterführung der Finanz- und Steuerreform und anderer Wirtschaftsreformen.
- Verbesserung der makroökonomischen Regulierung und Kontrolle.
- Verbesserung der Effizienz der Unternehmen.
- Abstimmung der Finanzeinnahmen mit der Wirtschaftsentwicklung.
- Bei Ausgabensteigerung die eigenen Mittelzuflüsse beachten.
- Anpassung der Ausgabenstruktur mit Erhöhung der Ausgaben für die Schlüsselbereiche Landwirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Technik und Infrastruktur.
- Bereitstellung ausreichender Mittel für die nationale Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur.
- Strenge Kontrolle über die Ausweitung der Anlageinvestitionen und der konsumptiven Ausgaben.
- Förderung einer anhaltenden, schnellen und gesunden Wirtschaftsentwicklung und des gesamten sozialen Fortschritts.

Liu Zhongli wies in seinem Bericht darauf hin, daß bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für 1994 die Veränderung im Steuersystem mit Erhebung von Verbrauchssteuern und der Einführung der Mehrwertsteuer, die an die Stelle der Umsatzsteuer und Produktsteuer gesetzt wurde, zu beachten war. Die Neuaufteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentralregierung und Lokalregierungen sehe vor, daß die fixen Einnahmen der Zentralregierung und die fixen Einnahmen der Lokalregierungen getrennt als zentrale und lokale Einnahmen aufgelistet würden. Hinsichtlich der Steuereinnahmen sei festgelegt worden, daß die Zentralregierung 75% der Mehrwertsteuereinnahmen erhält. Steuereinnahmen, die die Zentralregierung den Lokalregierungen erstatten wird, gelten als Subventionen der Zentralregierung an die Lokalregierungen. Der Umfang der Staatsausgaben im Haushalt habe sich stark erhöht, da diese Subventionen der Zentralregierung an die Lokalregierungen beträchtlich seien.

Der Haushalt 1994 sieht folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

Haushaltswurf 1994 (Mrd. Yuan)
(Einschließlich 1.Regulärer Haushalt und 2. Investbauhaushalt)

Staatseinnahmen (ohne in- und ausländ. Kredite)	475,995
Staatsausgaben (ohne Schuldentrückzahlung)	542,914
Haushaltssaldo	- 66,919

Gegenüber 1993 besteht eine Erhöhung der Einnahmen um 7,7% und der Ausgaben um 15%. Die relativ geringe Steigerung der Einnahmen wird darauf zurückgeführt, daß der starke Einnahmezuwachs des letzten Jahres wenig Möglichkeiten für eine nochmalige größere Erhöhung in diesem Jahr bietet. Da staatliche Unternehmen in diesem Jahr keine Zahlungen an den Haushaltsregulierungsfonds und an den Investaufonds für Verkehr- und Energieprojekte leisten müssen und der Umfang der Ausfuhrückvergütung ausgeweitet wird - Maßnahmen zur Förderung der Unternehmen und der Exporte -, würden die Einnahmen allein um 30 Mrd. Yuan sinken.

Die vergleichsweise hohe Ausgabensteigerung von mehr als 50 Mrd. Yuan sei notwendig, um die politischen Ziele einer stärkeren Förderung der Bereiche Landwirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Technik und anderer Schlüsselbereiche zu realisieren. Die Erhöhung der Ausgaben sei auch erforderlich gewesen, um die Lohn- und Gehaltssteigerungen für die staatlich Beschäftigten und die größeren Subventionen als Folge der Vereinheitlichung der Wechselkurse zu decken.

Die Planung für den regulären Haushalt umfaßt folgende Ansätze:

1. Regulärer Haushalt

Gesamteinnahmen	448,911
darunter:	
- Steuern	446,123
- Haushaltsregulierungsfonds	2,800
- Sonstige Einnahmen	15,288
- Subventionen für nichtproduktive Unternehmen	- 19,300

Gesamtausgaben	392,846
darunter:	
- Investbau für nicht-produktive Projekte	19,486
- Öffentliche Aufgaben	153,566
darunter:	
- Land- und Forstwirtschaft, Wasserbau	16,737
- Kultur, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit	113,296
- Sozialhilfe	8,386
- Regierungsausgaben	119,199
darunter:	
- Verwaltung	61,359
- Verteidigung	52,040
- Preissubventionen	37,342
- Sonstige Ausgaben	54,353
- Zentrale und lokale Reserven	3,500
Gesamteinnahmen	448,911
Gesamtausgaben	392,846
Saldo	+ 56,065

Die Ansätze für den Investbauhaushalt gliedern sich wie folgt:

2. Investbauhaushalt

Gesamteinnahmen	83,149
darunter:	
- Überschuß aus dem regulären Haushalt	56,065
- Investbaueinnahmen	43,718
- Subventionen für Verlustunternehmen	- 16,634
Gesamtausgaben	150,068
darunter:	
- Produktive Investbauausgaben	45,756
- Ausgaben für Betriebsumgestaltung u. Entwicklung neuer Produkte	38,508
- Erhöhung der Umlaufmittel der Betriebe	1,882
- Geolog. Prospektierung	6,198
- Unterstützung der landwirtschaftl. Produktion	21,063
- Städtebau	21,600
- Unterstützung unterentwickelter Regionen	2,550
Gesamteinnahmen	83,149
Gesamtausgaben	150,068
Saldo	- 66,919

Der Entwurf für den Haushalt der Zentralregierung sieht folgende Ansätze vor:

Gesamthaushalt	
Einnahmen	332,910
darunter	
- Einnahmen der Zentralregierung	272,056
- Ablieferungen der Lokalregierungen	60,854
Ausgaben	399,829
darunter	
- Ausgaben der Zentralregierung	186,289
- Steuererstattung und Subventionen an Lokalregierungen	213,540
Haushaltssaldo	- 66,919

Haushalte der Lokalregierungen:

Einnahmen	417,479
darunter	
- Einnahmen der Lokalregierungen	203,939
- Steuererstattung und Subventionen	213,540
Ausgaben	417,479
- Ausgaben der Lokalregierungen	356,625
- Ablieferungen an Zentralregierung	60,854
Haushaltssaldo	0

Der Entwurf für den Zentralhaushalt 1994 sieht für den regulären und den Investbauhaushalt folgende Ansätze vor:

1. Regulärer Haushalt	
Gesamteinnahmen	325,923
Gesamtausgaben	310,667
Saldo	+ 15,256
2. Investbauhaushalt	
Gesamteinnahmen	22,243
Gesamtausgaben	89,162
Saldo	-66,919

Erstmals folgt der Haushaltsentwurf der international üblichen Praxis, die Aufnahme neuer Kredite bzw. ihre Rückzahlung nicht als Einnahmen bzw. als Ausgaben zu verbuchen. Ab 1994 soll das ohne Berücksichtigung von

Kreditaufnahme bzw. Rückzahlung errechnete Haushaltsdefizit nicht über die Zentralbank, sondern durch Emission von Staatsanleihen gedeckt werden.

Nach der Haushaltsplanung stellt sich die Schuldensituation 1994 wie folgt dar:

insgesamt	129,245
darunter:	
- Haushaltsdefizit 94	66,919
- Rückzahlung von in- und ausl. Krediten und Kreditzinsen	48,081
- neue Auslandskredite für staatl. Schlüsselprojekte	14,245

Die Relation von Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt wird von Liu Zhongli mit 3,8% angegeben. In- und ausländische Schulden liegen 1994 deutlich höher als 1993.

Die Reform des Steuersystems und die Neuverteilung der Steuereinnahmen stehen Liu Zhongli zufolge im Mittelpunkt der diesjährigen Reformmaßnahmen. Die Umsetzung der Reformen in den ersten zwei Monaten d.J. sei zufriedenstellend und ohne größere Zwischenfälle verlaufen. Allerdings seien im Verlauf der Reform sicherlich noch Anpassungen und Verbesserungen notwendig. In der Kontrolle über den Anstieg der Anlageinvestitionen durch Finanzzuweisungen und fiskalische Maßnahmen sieht Liu Zhongli eine der Hauptaufgaben in diesem Jahr. Weiterhin sei dem Verkauf der Staatsanleihen besonders Aufmerksamkeit zu schenken. Hierbei spiele die positive Darstellung in der Öffentlichkeit und ein koordiniertes Vorgehen eine große Rolle. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 23.3.94, nach SWB, FE(1945 S1/1 (1)).

Mit einem schnellen Abbau des Haushaltsdefizit in den nächsten Jahren ist Liu Zhongli zufolge nicht zu rechnen. Ein Grund hierfür sei, daß die staats-eigenen Verlustunternehmen aus politischen Gründen weiterhin über den Haushalt Subventionen erhalten müßten. (XNA, 17.3.94)

Die Analyse des Haushaltsentwurfs für 1994 kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Deutliche Erhöhung der Verschuldung mit einem Anstieg um rd. 40 Mrd. Yuan gegenüber 1993.
- Zur Finanzierung des Defizits ist eine Verdreifachung der Emission von Staatsanleihen geplant. Bei einer derzeitigen Inflationsrate von rd. 20% in den Großstädten müßte der Zinssatz für diese Wertpapiere sehr hoch sein, um Kaufanreize zu bieten.
- Reduzierung der produktiven Anlageinvestitionen, die 1993 rd. 73 Mrd. Yuan betragen haben und für 1994 mit 60 Mrd. angesetzt sind.
- Nichtproduktive Anlageinvestitionen werden mit 19,4 Mrd. Yuan auf dem Vorjahresniveau (19,5 Mrd. Yuan) festgeschrieben.
- Relativ starke Anhebung der Verwaltungsausgaben (13,6%), der Verteidigungsausgaben (20,3%) sowie der Ausgaben für Bildung (18,5%), Wissenschaft (19,8%) und für die Unterstützung der Landwirtschaft (13,5%).
- Deutlich höhere Preissubventionen, deren Umfang von 29,6 Mrd. Yuan im Jahre 1993 auf 37,3 Mrd. Yuan angehoben wird.
- Beträchtlich niedrigere Subventionen für staatseigene Verlustunternehmen mit 16,6 Mrd. Yuan gegenüber 20,7 Mrd. im Jahre 1993.

Vor dem Hintergrund der problematischen Situation der Staatsunternehmen und dem starken Inflationsdruck bleibt abzuwarten, ob die Haushaltsansätze in dieser Form realisierbar sind. Unsicher erscheint auch die erfolgreiche Umsetzung der Steuerreformen und die Neuaufteilung der Steuern zwischen Zentralregierung und den Lokalregierungen. -schü-

*(25)

Weiterhin starker Inflationsdruck

Im letzten Jahr hat die Inflation gegenüber 1992 beträchtlich zugenommen. Die Einzelhandelspreise waren 1993 landesweit um 13% gestiegen. Da der Einzelhandelspreisindex in einem beträchtlichen Umfang durch Veränderungen der Preise von Nahrungsmitteln und Bekleidung beeinflusst wird, wirkte sich der Anstieg der Getreidepreise um 27,2% auf die Zunahme der Einzelhandelspreise sehr stark aus. Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich 1993 im Durchschnitt um 14,7%; in den großen und mittelgroßen Städten allein um 19,6%. (BRU,

11/1994, S. 26) Der Anstieg der Lebenshaltungskosten wurde vor allem beeinflusst durch die Erhöhung der Preise für Dienstleistungen um 27,9%.

Nach Einschätzung des Staatlichen Statistikamtes hatte die hohe Inflation zur Folge, daß sich der Lebensstandard der Bevölkerung in einigen Städten um rd. 40% verschlechterte. (Genauere Angaben zu diesem Problem lieferte das Statistikamt jedoch nicht.) Auch die ländliche Bevölkerung sei von der Preisentwicklung negativ betroffen gewesen, da sich ihre Realeinkommen (im Durchschnitt) nicht wesentlich verbessert hätten. (CD, 24.3.94, S.4)

Die Zunahme der Einzelhandelspreise und der Lebenshaltungskosten setzte sich auch in den ersten zwei Monaten d.J. unvermindert fort. Im Januar und Februar erhöhten sich die Einzelhandelspreise nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes um 20% gegenüber der Vorjahresperiode. (CD, 24.3.94, S.4) Aus einer Reihe von Städten wie Shanghai, Nanjing, Hangzhou, Ningbo, Hefei, Xiamen, Nanchang und Chongqing wurden mit 50% extrem hohe Steigerungen der Gemüsepreise im Januar d.J. gemeldet. Die Lebenshaltungskosten in den Großstädten nahmen im Januar um landesweit 23,3% zu. (FT, 17.3.94)

Die politische Führung Chinas betrachtet die anhaltende Inflation zu Recht mit zunehmender Sorge aufgrund der damit verbundenen destabilisierenden Faktoren. Auch auf dem Nationalen Volkskongreß im März war die Inflation eines der Hauptthemen. Seit Mitte März wurden von der Zentralregierung Maßnahmen zur Eindämmung der Inflationsentwicklung beschlossen.

So sollen die Preise einer Reihe von Gütern des täglichen Bedarfs und solcher Dienstleistungen, die von besonderer Bedeutung für die Bevölkerung sind, stärker kontrolliert werden. Hierzu zählen 20 Güter und Dienstleistungen wie Mehl, Reis, Speiseöl, Schweine-, Rind- und Schaffleisch, Eier, Milch, Salz, Zucker, Sojasoße, Reinigungsmittel, Kohle für den privaten Verbrauch, Gas, Mieten, Wasser, Schulgebühren und andere Gebühren, Kindergartengebühren, Kosten für die Gesundheitsvorsorge und Transportkosten in den Städten.

Die Stabilisierung der Preise für die genannten Güter soll über ein System der Preisüberwachung erfolgen, das die Preisentwicklung kontrolliert und Informationen für die Makropolitik liefert. Die Lokalregierungen können darüber entscheiden, welche Preise überprüft und angepaßt werden sollen, wobei alle Anpassungen den übergeordneten Behörden gemeldet werden müssen. Wenn die Preise der Güter des täglichen Bedarfs zu stark schwanken, sollen vorübergehende Preiskontrollmaßnahmen erfolgen.

Die Abteilungen für die Preisverwaltung auf Lokalebene sollen angemessene Spannen zwischen Ankaufs- und Verkaufspreisen, zwischen Großhandels- und Einzelhandelspreisen sowie zwischen Kosten und Gewinnen ermitteln und Referenzpreise für die Unternehmen festlegen. Falls erforderlich, können die Preisabteilungen mit Genehmigung der Lokalregierungen die betreffenden Unternehmen auffordern, diesen Spannen zu folgen. Wenn die Preisausschläge für die Güter des täglichen Bedarfs zu hoch sein sollten, können die entsprechenden lokalen Behörden die Preise zeitlich begrenzt beschränken. Weiterhin sollten die Behörden regelmäßig Referenzpreise für Gemüse und andere schnell verderbliche Güter entsprechend den Preisen auf den verschiedenen lokalen Großhandelsmärkten ausarbeiten. (RMRB, 14.3.94; Xinhua News Agency, Beijing, in English, 13.4.93, nach SWB, 8.4.94)

Am 25.3.94 veröffentlichte die *Jingji Ribao* ein Rundschreiben des Staatsrates, in dem eine landesweite Kampagne zur Überprüfung der Preisentwicklung und der Anlageinvestitionen angekündigt wird. Die Kampagne wird von zwei Untersuchungsgruppen geleitet, an deren Spitze Minister Chen Jinhua von der Staatlichen Planungskommission steht. Die Untersuchungsgruppe für Preiskontrollen setzt sich neben Mitgliedern der Staatlichen Planungskommission aus Vertretern zusammen, die für die Überwachung der Bereiche Finanzen, Bankwesen, Steuern, Rechnungsprüfung, Industrie, Handel und Technologie verantwortlich sind. In der Untersuchungsgruppe, die für die Kontrolle der Anlageinvestitionen eingesetzt wurde, sind u.a. Vertreter der Staatlichen Planungskommission, der Wirtschafts- und Handelskommission (ETO), des Fi-

nanzministeriums, der Zentralbank und des Staatlichen Statistikamtes zu finden.

In einem Bericht vor den neu gebildeten Untersuchungsgruppen wies der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua u.a. darauf hin, daß die Preissteigerungen und die zu hohen Anlageinvestitionen zu den größten Problemen der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung zählten. Die Arbeit der Untersuchungsgruppen habe eine große Bedeutung für die Durchführung der Wirtschaftspolitik und der Reformen, die die Zentralregierung für dieses Jahr beschlossen habe.

Die Arbeit der Untersuchungsgruppe zur Preisentwicklung habe die Aufgabe, gegen willkürliche Preiserhöhungen der Güter des täglichen Bedarfs wie Getreide, Speiseöl, etc. vorzugehen. Die Kontrollen sollen ebenfalls bei ungenehmigten Preissteigerungen von wichtigen Rohstoffen und -materialien wie Walzstahl, Elektrizität, Kohle, Erdöl, Kunstdünger und Dienstleistungspreisen durchgeführt werden, die durch Ausnutzung einer Monopol-situation am Markt entstanden seien. Die Untersuchungsgruppe zur Kontrolle der Anlageinvestitionen konzentrierte ihre Arbeit auf die Überwachung neuer Investitionsprojekte, wobei vor allem die Finanzierung der Projekte, die Bereitstellung von Mitteln für Großprojekte und die Einstellung von Projekten im Vordergrund der Überprüfungsmaßnahmen stehen würden.

Ebenso wie die Preise sind auch die Anlageinvestitionen in den ersten Monaten dieses Jahres weiter schnell gestiegen. Die Zunahme der Anlageinvestitionen im Januar und Februar 1994 betrug insgesamt 42% im Vergleich zur Vorjahresperiode. (AWSJ, 24.3.94)

Die Zentralbank wird nach Angaben ihres stellvertretenden Präsidenten Zhou Zhengqing die Inflation durch eine restriktive Geldmengenpolitik unterstützen. Die Finanzierung der Schlüsselprojekte würde zwar weiterlaufen, jedoch die starke Expansion der Anlageinvestitionen über Kreditrestriktionen gebremst werden. Unternehmen, die keine Absatzschwierigkeiten hätten, würden weiter unterstützt werden. Zhou Zhengqing wies außerdem darauf hin, daß 80% der Bankkredite derzeit zur Unterstützung der großen und mittelgroßen Staatsunternehmen eingesetzt würden. (CD,

18.3.94) Inwieweit diese staatseigenen Unternehmen zu den Verlustbetrieben zählen, erwähnte Zhou nicht.

Wie schwierig die Umsetzung der Preiskontrollen sind, wird aus einem Bericht aus der Provinz Liaoning deutlich. So hatte die Provinzregierung Liaoning in den letzten Monaten zwei umfangreiche Preiskontrollen durchgeführt, die in 500 Fällen Verstöße gegen Preisbestimmungen zu Tage brachten. Die hieraus resultierenden ungesetzlichen Gewinne wurden eingezogen und zusätzlich Bußgelder in Höhe von 1,57 Mio. Yuan erhoben. Trotzdem sei das Problem der Preissteigerungen und der willkürlichen Erhebung von Gebühren nicht gelöst. Sobald die Überprüfung vorüber gewesen sei, wären die Preise wieder erhöht worden. Die (von der Untersuchungsgruppe) für viele Güter ausgegebenen Preisschilder seien ersetzt worden durch eigene Preisschilder mit überhöhten Preisen. Niemand habe sich um die von den lokalen Behörden erlassenen Bestimmungen über die Preisobergrenzen gekümmert. (Liaoning People's Broadcasting Station, Beijing, in Chinese, 31.3.94, nach SWB, 9.4.94)

Bereits im September 1993 hatte der Staatsrat in einem Rundschreiben dazu aufgerufen, die Kontrolle über den Anstieg der Preise zu verstärken und entsprechende Maßnahmen vorgegeben. (Siehe hierzu die Übersicht "Inflation-entwicklung zwingt zur vorläufigen Aussetzung weiterer Preisreformen" in *China aktuell*, September 1993, S. 889 und 890) Die nunmehr beschlossene Kontrolle über die Preisentwicklung der oben genannten 20 Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs macht deutlich, daß direkte Eingriffe in die Preisbildung als letzter Ausweg gesehen wird, um weitere Preissteigerungen zu verhindern. Obwohl das Einfrieren der Preise langfristig nicht erfolgreich sein kann, sehen selbst Experten der Weltbank aufgrund der chaotischen Marktbedingungen eine Notwendigkeit für staatliche Interventionen. In einem internen Bericht der Staatlichen Planungskommission wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß ein "landesweit einheitliches, offenes, ordnungsgemäß und nach Wettbewerbsbedingungen funktionierendes Marktsystem" noch entstehen müsse. Derzeit sei die "Infrastruktur der Märkte noch rückständig... und Monopole, Betrug, zügellose Preiserhöhungen und unge-

nehmigte Erhebung von Verwaltungsgebühren würden die Inflation beschleunigen. (FT, 17.3.94) -schü-

*(26)

Neuer Plan zur Armutsbekämpfung

Die *Renmin Ribao* berichtet am 1.3.94 über eine Konferenz zur Reduzierung der Armut von 80 Millionen Menschen. Auf der Konferenz stellte Chen Jinhua, Staatsrat, einen 7-Jahresplan (1994-2000) zur Armutsbekämpfung vor, der folgende Ziele enthält:

1. Bis zum Jahr 2000 soll das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen in den meisten armen Haushalten 500 Yuan betragen (Preise 1990) und das Ernährungs- und Bekleidungsproblem gelöst sein.
2. Die Infrastruktur in den armen Gebieten soll verbessert, der Mangel an Trinkwasser für Menschen und Tiere grundsätzlich gelöst sowie die meisten armen Gemeinden an das Straßen- und Elektrizitätsnetz angeschlossen werden.
3. In den armen Gebieten soll das Niveau im Bereich Kultur, Bildung und Gesundheitswesen verbessert werden. Hierzu zählen auch die Bekämpfung des Analphabetentums, Angebote zur Berufsausbildung, Verhütung und Reduzierung von regionalen Epidemien sowie die Reduzierung der Geburtenrate auf den landesweiten Durchschnitt.

Chen Junsheng kündigte auf der Konferenz an, daß die Unterstützung der armen Regionen ab 1994 erhöht werde. So sollen die Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen und der Umfang der zinsgünstigen Kredite jährlich jeweils um 1 Mrd. Yuan erhöht werden.

Als weiteres Mittel zur Unterstützung armer Regionen schlug ZK-Generalsekretär Jiang Zemin auf der Konferenz die Entsendung von qualifizierten Funktionären vor. Diese sollten von den Provinz-, Stadt- und Kreisregierungen ausgewählt werden und für einen befristeten Zeitraum in den armen Gemeinden und Dörfern arbeiten. Andere gesellschaftliche Organisationen wie die Armee, die (der KP unterstellten) übrigen Parteien, etc. rief Jiang Zemin ebenfalls dazu, Hilfestellung bei

der Reduzierung der Armut zu leisten. Obwohl die staatliche Unterstützung unbedingt erforderlich und eine wichtige politische Aufgabe sei, müßten sich die armen Regionen doch in erster Linie auf die eigenen Kräfte besinnen, um das Ernährungs- und Bekleidungsproblem zu lösen.

Ministerpräsident Li Peng nannte auf der Konferenz folgende acht Maßnahmen zur Verringerung der regionalen Unterschiede:

- Die wohlhabenden und stärker entwickelten Küstenregionen und Städte sollen dazu ermutigt werden, die armen Gebieten zu unterstützen.
- Die Zentralregierung stellt ausreichende finanzielle Mittel für diese Regionen bereit.
- Diese Gebiete erhalten Vorzugsbedingungen bei wichtigen Investbauprojekten.
- Die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate werden schrittweise im Verlauf der Reformen (durch die Regierung?) rationaler gestaltet werden.
- Verbesserung der wissenschaftlichen und technischen Qualifikation der Arbeitskräfte in den armen Gebieten.
- Im Rahmen der Programme zur Unterstützung der armen Gebiete sollen neue Experimente durchgeführt werden.
- Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte zur Unterstützung der armen Gebiete.
- Die armen Regionen werden dazu ermutigt, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen.

Die Erfolge einer Region sollten Li Peng zufolge nicht nur nach der Höhe des Wirtschaftswachstum bemessen werden, sondern auch danach, wie sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert hätten. Um die im Programm zur Bekämpfung der Armut enthaltenen Ziele umzusetzen, müßten die lokalen Ebenen entsprechende Pläne ausarbeiten und jährlich ihre Realisierung überprüfen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 3.3.94, nach SWB, 18.3.94)

Nach Einschätzung des stellvertretenden Ministers der Staatlichen Planungskommission, Chen Yaobang, wird die Zentralregierung aufgrund

der Steuer- und Finanzreform auch in der Lage sein, mehr finanzielle Mittel zur Unterstützung der armen Regionen bereitzustellen. Li Lanqing, stellvertretender Finanzminister, wies auf der Konferenz darauf hin, daß das Finanzministerium in den letzten 14 Jahren insgesamt 27 Mrd. Yuan an die armen Regionen gezahlt hat. (XNA, 3.4.93)

Nach der chinesischen Definition gelten Gebiete als arm, wenn die Pro-Kopf-Jahreseinkommen der Bevölkerung unter 200 Yuan liegen. Die meisten armen Regionen liegen in den nordwestlichen Provinzen Gansu, Shaanxi und Ningxia sowie in den südwestlichen Provinzen Yunnan und Guizhou; auch einige Bergregionen in anderen Provinzen zählen zu den armen Gebieten. (XNA, 15.3.93) -schü-

Taiwan

***(27)**

Aktion gegen Stimmenkäufe bei Wahlen von Parlamentssprechern auf Kreisebene

Am 1. März wurden die Sprecher und stellvertretenden Sprecher der 23 Parlamente auf Kreisebene der Provinz Taiwan einschließlich der zwei zur Provinz Fujian (Fukien) gehörenden Inseln Jinmen (Kinmen, Quemoy) und Mazu (Matsu) gewählt. Politisch haben die Kreisparlamente eigentlich keine große Bedeutung. Darüber hinaus hat die Regierungspartei KMT (Kuomintang), wie berichtet (C.a. Jan. 1994, Ü 38), bei den jüngsten Kommunalwahlen die absolute Mehrheit in allen Kreisen und kreisfreien Städten gewonnen. Das Machtstreben örtlicher Gruppierungen gestaltete jedoch auch die Wahlen der Kreisparlamentssprecher sehr spannend. In zahlreichen Kreisen und kreisfreien Städten kämpften die KMT-Kandidaten gegeneinander. Um Zwischenfälle bei den Wahlen zu verhindern, wurden 5.000 Polizisten, davon allein 2.000 im besonders kritischen Kreis Yunlin, mobilisiert. Zwar sind die Wahlen friedlich verlaufen, aber - da es sich um geheime Wahlen handelte - Stimmenkauf konnte nicht verhindert werden.

Stimmenkauf ist in Taiwan nicht neu, allerdings war er noch nie so offenkundig wie bei diesen Wahlen. Jede Stimme kostete, heißt es, 2 bis 10 Mio. NT\$ (26,5 NT\$ = 1 US\$), auch Prestigeautos wie Mercedes-Benz wurden geboten. Um erfolgreich geworbene Abgeordnete vor der mitbietenden Gegenseite abzuschirmen, wurden sie von manchen Kandidaten vor den Wahlen auf eine kostenlose Auslandsreise geschickt oder in ein Luxushotel "interniert".

Auf starken Druck der öffentlichen Kritik leitete das Justizministerium eine Großaktion zur Klärung der Skandale ein, Verdacht auf Stimmenkauf bestand mit Ausnahme der kleinen Frontinsel Mazu in allen Kreisen und kreisfreien Städten. Bis Ende März wurde von der Staatsanwaltschaft bereits Anklage gegen die gewählten Parlamentssprecher der Kreise Taoyuan, Miaoli, Pingdong (Pingtung), die stellvertretenden Sprecher der Parlamente von Gaoxiong (Kaohsiung) und der kreisfreien Stadt Jilong (Keelung) sowie gegen mehr als 50 Abgeordnete u.a. wegen Wahlbestechung erhoben. (ZZ, 8.4.94)

Am 16. März trat der KMT-Vorsitzende des Provinzkomitees Taiwan, Tu Deqi (Tu Teh-ch'i), der die Verantwortung für die Wahlkandale übernahm, von seinem Amt zurück. Die Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) schloß am 19. März 22 ihrer Abgeordneten aus der Partei aus und verhängte gegen weitere 23, denen passive Bestechung nachgewiesen werden konnte, Disziplinarstrafen. Der DPP-Vorsitzende Shi Mingde (Shi Ming-teh) bat die Öffentlichkeit unter Tränen um Entschuldigung. (LHB, 20.3.94) -ni-

***(28)**

5,9% Wirtschaftswachstum im Jahre 1993

Taiwans Bruttonutzenprodukt (BSP), d.h. der Gesamtwert aller Dienstleistungen und Güterproduktionen im In- und Ausland, ist jüngsten offiziellen Angaben des Statistikamtes (Directorate General of Budget, Accounting & Statistics, DGBAS) zufolge 1993 um 5,9% gestiegen. Dies ist die niedrigste Zuwachsrate seit drei Jahren (1991: 7,24% und 1992: 6,02%). Im letzten